

Inwieweit waren der deutsche Einigungsvertrag und der 2+4 Vertrag Bausteine für inneren und äusseren Frieden in Deutschland und Europa?

Quellen:

- Überlegungen in der DDR zur Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion
- Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in Auszügen zur Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion
- Deutscher Einigungsvertrag (in Auszügen)
- 2+4 Vertrag (in Auszügen)

September 1990 - die Landkarte Europas wird neu gezeichnet! Aber nicht nur geografisch - äusserlich - erhält Europa ein neues Aussehen, auch die politischen und wirtschaftlichen Schwerpunkte wandern und finden im vereinten Deutschland ein neues Zentrum - der Macht.

War diese Neuzeichnung - die Beendigung einer blutlosen Revolution -, die einen neuen mächtigen Koloss in die Mitte Europas brachte, positiv für die Entwicklung und das Zusammenwachsen Europas zu einem starken, friedlichen, fortschrittlichen Gebilde, das jedem der Staaten - also auch dem neuen Deutschland - zu innerem und äusserem Frieden und Freiheit verhelfen konnte?

Deutschland

Der Einigungsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten - DDR und BRD - hatte bestimmt mehr Einfluss auf den inneren Frieden als der 2+4 Vertrag, den die Bruderstaaten mit den Besatzungsmächten schlossen, da der 2+4 Vertrag hauptsächlich auf innenpolitische Einrichtungen Einfluss nimmt, die außenpolitisch wichtig sind, wie zum Beispiel die Größe der Arme und die Definition der erlaubten Waffen. Daher sollen im Folgenden vor allem die Aspekte im Einigungsvertrag, die für inneren Frieden sorgten, diskutiert werden.

„Im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen.“ So beginnt die Präambel der Bundesrepublik Deutschland und unter diesem Motto soll auch die spätere und aktuelle Politik in Deutschland geführt werden. Prinzipiell ist der Staat dazu da, um für das Wohl der Menschen - der Staatsbürger - zu sorgen, das heisst, dass Entscheide gefällt werden sollen, die von beiden Seiten Zugeständnisse erfordern, die mit wenig Schmerz gemacht werden können, so dass sich keine Partei später belogen fühlt - Konsenspolitik. Solange mit Rücksicht, Verstand und Verständnis regiert wird, sollte eine solche Politik zu gegenseitigem Verständnis und Respekt führen, so dass keine dauerhaften Konfliktherde zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen entstehen.

So wurden dann auch der Vertrag zur Deutschen Einheit zwischen dem West- und dem Oststaat und die Währungs-, Sozial-, und Wirtschaftsunion geschaffen: Obwohl die BRD in der wesentlich besseren, stärkeren Position war, wurde bei den Verhandlungen beider Verträge der schwache Vertragspartner DDR und seine Ideen und Anliegen teilweise respektiert und aufgenommen und auf eine Diskriminierung - die automatisch zu Unzufriedenheit geführt hätte verzichtet.

Der wichtigste Vorgänger des späteren Vertrages, der Deutschland vereinigen sollte, ist wohl dieser Vertrag zur Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion, der 1990 geschlossen wurde. In diesem Vertrag werden die Grundsätze der Westdeutschen Staatsordnung in der DDR eingeführt und somit die DDR schon im Voraus auf Westkurs gebracht. Darum soll dieser Vertrag genauer betrachtet werden:

Grundsätze des Vertrages zur Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion (WWS)

Die DDR-Bürger werden mit dem Vertragsabschluss darauf eingestimmt, dass zu einem späteren Zeitpunkt die Politik hauptsächlich im Westen - mit Mitspracherecht das Ostens - gemacht wird. Denn schon der Punkt 2 des Artikel 1 zeigt, dass die BRD das klare wirtschaftliche und machtpolitische Übergewicht im neuen Deutschland bilden wird. Wie in den folgenden Artikeln wird hier klar gestellt, dass "die Deutsche Bundesbank (..) die Währungs- und Notenbank dieses Währungsgebiets" ist. Später wird präzisiert, dass allein diese Bank über Verfügbarkeit, Kurs und Steuerung der Mark zuständig ist und somit die Entwicklung der ehemaligen DDR-Wirtschaft erheblich steuern, wenn nicht sogar kontrollieren kann.

Die in den Artikeln 1-1, 17 und 18 genannten Ziele und Forderungen der Wirtschaftsunion dürften auch beim grössten Teil bei der Bevölkerung Zustimmung gefunden haben. So sollte das Preisniveau stabilisiert werden und somit die Inflation eingedämmt und lebenswichtige Produkte für jedermann verfügbar gemacht werden. Ein angemessenes Wirtschaftswachstum (allerdings ist dieser Begriff sehr weit gegriffen und kann beliebig interpretiert werden) sollte für einen hohen Beschäftigungsgrad sorgen und zum auβerwirtschaftlichen Gleichgewicht beitragen. Für eine positive Wirtschaftsentwicklung sollte die Entfaltung der Marktkräfte gefördert, der Privatinitiative, der Schaffung moderner Arbeitsplätze, den kleineren und mittleren Unternehmen, den freien Berufen und dem Schutz der Umwelt besonderes Gewicht zukommen. Dies dürfte der Bevölkerung gut gefallen haben, da somit jeder ab sofort in dem Beruf arbeiten konnte, in dem er wollte, und es möglich wurde, vom Staat unabhängige Unternehmen zu gründen und auf individuelle Wünsche der Kundschaft einzugehen. Vor allem auch die Schaffung einer Unternehmensverfassung, die den Unternehmen die freie Entscheidung "über Produkte, Mengen, Produktionsverfahren, Investitionen, Arbeitsverhältnisse, Preise und Gewinnverwendung" lieβen, müsste von vielen Bürgern als positiv eingeschätzt worden sein, weil somit zum ersten Mal die Produkte produziert wurden, die sich der Konsument wünschte. Die Unternehmer mussten lernen, ihr Unternehmen im Markt zu positionieren, Unternehmensstrategien zu entwickeln, sich gegenüber der Konkurrenz mit qualitativ guten Produkten zu behaupten und die Gunst der Konsumenten zu gewinnen. Die neuen Rechte für den Arbeitnehmer, wie in Artikel 17 beschrieben, sicherten zudem Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, Arbeitskampfrecht, Betriebsverfassung, Unternehmensmitbestimmung und Kündigungsschutz zu.

Mit dem grössten Schauer dürften die dem Sozialismus treuen Menschen die Werte der "grundsätzliche(n) Freizügigkeit von (..) Kapital, Gütern und Dienstleistungen", die zur Westpolitik gehören, zur Kenntnis genommen haben.

Der Vertrag zeigt also eigentlich eine klare Dominanz des Westens auf, der seine Werte ohne Wenn und Aber in das DDR Gebiet "einschleusen" will. Doch bei vielen Menschen war die innere Kündigung zum System schon längst abgelaufen und sie waren bereit, neue Werte zu akzeptieren. Allerdings blieb ihnen auch nichts anderes übrig, denn ihr Staat war auf einem nicht funktionierenden Sozialismus aufgebaut, der jetzt durch einen bis anhin funktionierenden Kapitalismus verdrängt wurde. Wenn ein System nicht funktioniert, kann man nicht die Forderung stellen, dass dieses in ein funktionierendes System aufgenommen wird. Die

ehemalige DDR musste also einen unverfälschten Kapitalismus akzeptieren (Zumal die BRD wohl nicht bereit gewesen wäre, sozialistische Grundsätze neu in die Verfassung aufzunehmen). Doch die meisten Menschen erhofften sich ja gerade von diesen Werten eine bessere Zukunft und sahen sich daher nicht unbedingt als die Hintergangenen an.

In dem nun im September 1990 abgeschlossenen Vertrag, der die Einigung der beiden deutschen Staaten beschloss, wurden die oben genannten Fakten, die im Grundgesetz der BRD enthalten sind, auch für die neuen Länder zum Grundgesetz. Natürlich reihten sich zu diesen Bestimmungen noch eine Menge anderer Bestimmungen, die aus BRD und DDR einen einheitlichen Staat bilden sollten. Auf diese soll nun eingegangen werden:

Bestimmungen des Einigungsvertrages zwischen der BRD und der DDR

In der Präambel des Vertrages werden noch einmal die wichtigsten historischen Errungenschaften und Verpflichtungen Deutschlands resümiert und dabei kommen die Vertragspartner insbesondere zu den Entschlüssen, dass die Bürger Deutschlands in einem „rechtsstaatlich geordneten, demokratischen und sozialen Bundesstaat“ leben sollen und wollen, und dass die "Achtung der Menschenrechte" durchgesetzt werden soll und der Frieden oberstes Gebot ist.

Der neue Staat soll also auf Grundlage dieser gewonnenen Werte aufgebaut werden und daher sind diese auch sehr wichtig für den Frieden innerhalb der deutschen Grenzen.

Politik

Um diese Werte wirkungsvoll durchzusetzen ist ein glaubwürdiger Politapparat nötig. Die Grundlagen für einen solchen werden im Kapitel 11, welches das Grundgesetz definiert, geschaffen.

Als wichtigster Punkt und als Grundlage für jede weitere Verhandlung wird verfügt, dass die neuen Länder und Teile des Landes Berlin das Grundgesetz der BRD mit dem Inkrafttreten des Vertrages mit den entsprechenden Änderungen nach Artikel 4 übernehmen. Somit wird den alten Ländern garantiert, dass die neuen Länder später keine Extrarechte einfordern werden, dafür haben die neuen Länder die Versicherung, dass sie als gleichberechtigte Länder Teile der BRD werden.

Das Stimmrecht wird daher so ausgelegt, dass die neuen Länder proportional zu ihrer Bevölkerung mit gleichem Stimmrecht wie die alten Länder abstimmen können.

Mit der Hauptstadt Berlin (die später einmal Sitz der Regierung und des Parlaments wird) finden die Vertragspartner einen Ort, der für beide Länder gleichermaßen bedeutsam ist und als Symbol für die Wiedervereinigung wohl nicht besser hätte gewählt werden können.

Recht

Für das gesamte Bundesgebiet tritt mit dem Vertrag BRD-Recht in Kraft. Das heisst jedoch nicht, dass Urteile der DDR automatisch hinfällig werden. In der DDR verhängten Urteilen muss auch in der BRD noch Folge geleistet werden. hingegen wird den Menschen, die unter dem SED-Unrechtsregime gelitten haben, Rehabilitation versprochen. DDR-Urteile können zudem im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten angefochten werden.

Finanzen

Die Finanzen bilden wohl einen der wichtigsten Teile im deutsch-deutschen Vertrag. Die BRD profitiert bei den Finanzen von der Regelung, dass sämtliche Besitze die für unmittelbare Verwaltungsaufgaben der DDR gedient haben in ihren Besitz übergehen,

hingegen verpflichtet sich die BRD, die gesamten Schulden - deren Höhe unbekannt sind - zu übernehmen.

Der Einigungsvertrag zwischen der DDR und der BRD ist wohl eine der klügsten politischen Entscheidungen, da er fast eine "win-win- Situation" für die beiden Staaten darstellte. Der Vertrag ermöglichte es, ein mögliches "Worstcase Szenario" vorzeitig im Keim zu ersticken, in dem die BRD vorzeitig eine neue Perspektive aufzeigte und ermöglichte, als die DDR auf den Zusammenbruch zusteuerte. Dadurch kam es gar nie soweit, dass die Bevölkerung der DDR in ihrer Not auf die Idee gekommen wäre, über die reiche BRD herzufallen, sondern es entstand für beide Staaten die Möglichkeit, für einen geregelten Übergang zu sorgen.

Mit der vollständigen, gleichwertigen Integrierung der neuen Länder auf politischer und wirtschaftlicher Ebene wurde zudem dafür gesorgt, dass sich die ehemaligen DDR Bürger nicht als schlechteres Deutschland fühlen mussten und sofort das nötige Selbstbewusstsein für eine gemeinsame Zukunft aufgebaut werden konnte. Für diese gemeinsame Zukunft opferten die beiden Länder viel, gewannen dabei aber auch:

Die BRD nahm eine immense Schuldenlast auf sich und die Aufgabe eine wirtschaftlich ruinierte Region mit zahlreichen frustrierten Menschen wieder aufzubauen und rentabel zu machen, so dass die neue BRD so schnell wie möglich ihr Gleichgewicht wieder findet, welches sie durch den Einigungsvertrag aufgegeben hatte. Ausserdem musste sie ihre zukünftige Politik jetzt auch noch mit der Mitbestimmung der neuen Länder gestalten, die während langer Zeit mit sehr unterschiedlichen Ideologien und Vorstellungen ihren Staat organisiert hatten.

Die Gewinne lagen bei der BRD darin, dass sie in einem mehr oder weniger stabilen politischen Umfeld weiterleben konnte, durch die Übernahme von Verwaltungsgüter der DDR in einen grossen Immobilienbesitz gelangte und somit sichere Vermögenswerte übernehmen konnte (die allerdings gepflegt werden mussten, was auch Geld kostete, dafür aber weniger von der Konjunktur abhängig sind), für die Wirtschaft ergaben sich Vorteile, da sie sich einen neuen Markt erschliessen konnte, dessen momentane Kaufkraft relativ stark war (die Leute hatten gespart), dessen Zukunft aber nur beschränkt absehbar war, und schliesslich konnte sie von einem längerfristig günstigen Standortvorteil profitieren, da die Löhne der Menschen im Osten bis heute noch nicht den Westlöhnen entsprechen (So wäre es gut möglich, dass sich Investitionen in die heruntergekommene Infrastruktur in den neuen Ländern mit der Zeit durchaus auszahlen würden.).

Über diese Vorteile hinaus ergab sich für die Bundesrepublik Deutschland einen erheblichen Imagegewinn gegenüber dem Ausland, da gezeigt wurde, dass Deutschland zu einer friedlichen Konfliktlösung fähig ist und sich mit Ländern in schlechteren Situationen solidarisieren kann.

Auch die DDR und ihre Bürger mussten Eingeständnisse für eine gemeinsame Zukunft mit der BRD machen. Sie verlor, nachdem sie schon den ideologischen Einfluss verloren hatte, nun auch noch den direkten wirtschaftlichen und politischen Einfluss auf ihre Länder und ihre Bevölkerung. Ausserdem hatten der Staat (Immobilien) und die Bevölkerung (Ersparnisse die 1:2 konvertiert wurden) grosse Vermögensverluste hinzunehmen.

Aber auch die DDR gewann. Und sie gewann viel. Zum einen konnte auch hier eine gewaltsame Eskalation verhindert werden, in dem eine geordnete Zusammenführung stattfand. Was aber keinesfalls selbstverständlich sein kann, ist, dass die neuen Länder in

der BRD sofort als gleichberechtigt angesehen wurden. Überdies profitierte die Bevölkerung vor allem davon, dass ein Rehabilitierungsrecht geschaffen wurde, welches SED-Opfer von ihrem Leiden befreite und dass es eine Steigerung des Lebensstandards in den neuen Ländern in absehbarer Zeit geben sollte.

Dass die BRD sich entschied, die gesamten Schulden der DDR zu übernehmen, dürfte so aufgenommen worden sein, als ob Weihnachten und Geburtstag zusammenfallen würden: Schliesslich hätte ja auch bestimmt werden können, dass zum Beispiel die neuen Länder proportional zu ihrem zukünftigen Gewinn ihre Schulden abbezahlen müssten.

Schlussendlich kommt auch für die DDR ein Imagegewinn hinzu, da auch sie sich zu einer am Ende friedlichen Konfliktlösung entschied und es nicht in Erwägung zog, mit Hilfe von Gewalt (allerdings wäre sie hierfür auf die Unterstützung der Sowjetunion angewiesen gewesen und auf diese Unterstützung konnte sie weitestgehend nicht mehr zählen) die Bevölkerung im Lande zu halten.

SCHLUSSFOLGERUNG

Diese beiden Verträge waren beide sehr wichtig für die Schaffung eines währenden Friedens in Deutschland. Zwar setzte die BRD ihre Werte ziemlich hart durch, doch ist dies auch ihr Gutes recht, da ja schliesslich die DDR der BRD beitrug und es nicht eine Vereinigung zu einem neuen Staat gab. Ausserdem war das System der BRD dieses, welches länger überlebte und sich bis dahin als stabiler erwies.

Dafür, dass sie ihre Werte beibehielt, kam sie den neuen Ländern sehr entgegen und gestand ihnen von allem Anfang an die absolute Gleichberechtigung zu, so dass die Länder in keiner Weise benachteiligt wurden (selbst die "mitgebrachten" Schulden wurden zu Staatsschulden, die alle Länder zu tragen hatten).

Die Bürger der DDR hatten für mich keinen Grund, sich gegen diese Abmachungen zu revoltieren, ansonsten wäre das für mich, als ob ein Obdachloser ein Heim - das ihm angeboten wurde - zurückweisen würde, weil er in diesem Heim gewisse Regeln, die er nicht selber bestimmt hatte, respektieren muss (kommt allerdings auch vor).

Viel mehr Grund hätte es für mich eigentlich für einen Aufstand von Seiten der Bevölkerung der BRD gegeben, da diese auf einen Schlag mit einem riesigen Schuldenberg konfrontiert wurde, den sie nicht verursacht hatte. Dazu kam, dass eine wirtschaftlich schwache Region an der Fitness der BRD zerrte und jetzt wieder aufgebaut werden musste.

Bei diesen Nachteilen (schliesslich spürte die Bevölkerung ja nicht, dass der Staat nach der Vereinigung in Besitz von mehr Immobilien kam und Standortvorteile in Ostdeutschland waren ja nur mittelfristig absehbar) ist es eigentlich ein Wunder, dass es nicht zu Revolten kam. Hierfür kann aber ein wohl sehr wichtiger Faktor verantwortlich gemacht werden: Während der ganzen Dauer der Separation der beiden Staaten, blieb ein Gefühl der Verbundenheit zwischen den Bevölkerungen, - Die Menschen hatten Verwandte und Bekannte im anderen Staat - dass sie zusammen immer noch ein Volk sind, auch wenn dieses in zwei verschiedenen Staaten lebte. Daher war man bereit den anderen zu helfen und sie mit offenen Armen zu empfangen.

Europa

Der 2+4 Vertrag regelte das zukünftige Zusammenleben in Europa mit einem erstarkten Deutschland, "im Bewusstsein, dass (die) Völker seit 1945 miteinander in Frieden leben" (Aus der Präambel des Vertrages).

Der 2+4 Vertrag kann als der aussenpolitische Teil eines Gesamtwerkes, das aus dem WWS-Vertrag, Einigungsvertrag und 2+4 Vertrag besteht, betrachtet werden.

In ihm werden vor allem militärische und zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen, bevor die Besatzungsmächte UDSSR, Grossbritannien, Frankreich und USA die "Rechte und Verantwortlichkeiten (...) in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes" verlieren (Z.3 1).

Bestimmungen des 2+4 Vertrages

- Deutschland anerkennt seine endgültigen Aussengrenzen, welche durch die bisherigen Staatsgrenzen der DDR und der BRD gebildet werden (Artikel 1. 1) und bestätigt, dass es keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten mehr hat und auch nicht mehr haben wird (1.3).
- Im Vertrag wird noch einmal die Bestimmung gefestigt, dass wie schon in der Verfassung der BRD festgelegt, kein Angriffskrieg gegen andere Staaten geführt werden darf, da dies verfassungswidrig wäre und überdies gegen die Charta der Vereinten Nationen verstossen würde (Artikel 2).
- Artikel 3 regelt ausführlich die für Deutschland zugelassenen Waffen und schliesst atomare, biologische und chemische Waffen kategorisch aus. Die Heeresstärke der Bundeswehr darf höchstens noch 370 000 Mann betragen.
- Deutschland wird die Bündnisfreiheit zugesprochen und damit erlaubt, internationale Allianzen zu bilden (Artikel 6).

→ Mit der Erfüllung dieser Bestimmungen beenden die Besatzungsmächte ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes und sichern dem neuen Staat absolute Souveränität über innere und äussere Angelegenheiten zu (Artikel 7).

Schlussfolgerung

Mit dem 2+4 Vertrag erhielt das neue Deutschland die nötige Souveränität für einen modernen Staat. Zwar mussten erhebliche Zugeständnisse in Rüstungsfragen gemacht werden, doch ist die Rüstung eines einzelnen Landes in einem friedlichen Gebilde wie es Europa sein soll, von mittlerer Bedeutung und in Zeiten von Allianzen sollte man im Verteidigungsfall auf die Unterstützung der Alliierten zählen können. Die Armee war mit diesen Waffen und der Grösse des Heeres stark genug um im Notfall für innere Ordnung sorgen zu können, ohne die Europäischen Staaten in Unsicherheit zu wiegen. Zu diesem Ziel haben auch die Bestimmungen, dass Deutschland seine Grenzen anerkennt und keine territorialen Ansprüche hegt, beigetragen. Wenn man jetzt meint, dass Deutschland nun in absoluter Freiheit sei, so irrt man sich aber auch. Durch die Einbindung in ein europäisches Staatensystem und in die NATO bestand nun die Möglichkeit, den Deutschen mehr denn je, auf die Finger zu schauen, da man sich in einem ständigen Dialog befand.

CONCLUSION FINALE

Dieses Gesamtvertragswerk, welches sich in meinen Augen aus Wirtschafts-, Währungs-, und Sozialunionsvertrag, Einigungsvertrag und 2+4 Vertrag zusammensetzt, regelte die innere und äussere Politik Deutschlands in einem angemessenen Rahmen. Auf sämtlichen Gebieten werden Standards gesetzt, die das Land weder einschnüren, noch die unbeschränkte Freiheit zusichern. Überall werden die Gesetze so geschaffen, dass die Freiheit und der Respekt des anderen - seien es Menschen, seien es Staaten - gewahrt wird. Sicher braucht es, um solche Verträge zu akzeptieren, eine gewisse Portion Mut, Kompromissbereitschaft, Intelligenz und Wille. Deutschland und die Besatzungsmächte haben gezeigt, dass sie diese Eigenschaften und diesen Freisinn haben und haben es dadurch geschafft, ein Vertragswerk zu schaffen, welches in meinen Augen den Frieden in Deutschland und Europa garantieren konnte.